

Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährig Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Anzeigenpreise: die 1spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
Inland 8 Rp. 21 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
Ausland 13 Rp. 29 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 221 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Organ für amtliche Kundmachungen



Weltweiter Kampf gegen die Inflation

Vorbemerkung der Redaktion.
Im nachstehenden zitieren wir einen Artikel aus dem „Bündner Tagblatt“, der über den Kampf gegen die Inflation eine internationale Uebersicht vermittelt. Nachdem auch unsere Wirtschaft von den eingeleiteten Maßnahmen gegen die Inflation (Kreditbeschränkung usw.) betroffen wird, kommt diesem Artikel besondere Aktualität zu.

Als die Schweizerische Nationalbank den Diskontsatz erhöhte und ihren für viele überraschenden Entschluß mehr mit konjunkturpolitischen als geldmarktmäßigen Ueberlegungen begründete, reagierte ein Teil der Öffentlichkeit so, als ob ein solcher Schritt überhaupt noch nicht erfolgt wäre. Tatsächlich findet sich aber unter den industriell entwickelten Ländern der westlichen Welt kaum eines, das nicht den Kampf gegen den inflatorischen Auftrieb aufgenommen und dabei auch die Diskontschraube angezogen hätte. Wie sich aus den Monatsberichten der Schweiz. Nationalbank ersehen läßt, haben nur ganz wenige Länder heute noch den Diskontsatz der Jahre 1953 und 1954, und wo dies der Fall ist, wie etwa in Italien, war er schon immer bedeutend höher als in unserem Lande. Im übrigen hält die Schweiz, abgesehen von Venezuela mit seinem mühelosen Goldstrom infolge seines Oelreichtums, zusammen mit Portugal auch nach der Erhöhung den Tiefenrekord des offiziellen Diskontsatzes.

Maßnahmen gegen den inflatorischen Auftrieb sind in der Tat überall im Gange. Am konsequentesten vielleicht sind sie in der Westdeutschen Bundesrepublik betrieben worden. Dort wurde die Diskontschraube 1956 geradezu drastisch angezogen. Die gewaltigen Ueberschüsse aus dem Zahlungsverkehr mit der EZU wurden mit eiserner Konsequenz sterilisiert u. damit vom innerdeutschen Umlauf ferngehalten. Die Senkung der Importzölle, die Lockerung der Dollarrestriktionen und der Zahlungen an das Ausland kamen dazu, ebenso wie auch die vielbeachtete massive Aufklärungstätigkeit, die „Seelenmassage“ durch den Wirtschaftsminister Professor Erhard. Der Erfolg war unverkennbar. Die Konjunktur ist gut geblieben, hat sich aber beruhigt. Die Wettbewerbslage gegenüber dem Ausland, die sich in einer zunehmenden Exportnachfrage zeigt, ist ausgezeichnet u. stellt die beste Bürgschaft für ein langfristiges Wohlergehen der deutschen Wirtschaft dar. Und endlich: Das deutsche Volk hat Vertrauen in seine Wirtschaft und seine Währung gefaßt. Die Spartätigkeit nimmt kräftig zu und damit die Grundlage für eine inflationsfreie, gesunde weitere Expansion. Nicht sehr verschiedene Methoden hat Oesterreich unter Leitung seines zielbewußten Finanzministers Kamitz angewendet. Auch dieses Land hat den Diskontsatz hinaufgesetzt und die Kreditbremse angezogen, als die Aktivität zu überbordeten drohte. Vor allem wurden auch die Staatsausgaben in Grenzen gehalten. Der Erfolg blieb trotz großen Schwierigkeiten — völlige Verarmung im Krieg, teilweise Besetzung und Ausplünderung durch Rußland — auch hier nicht aus. Der Export hat sich gut entwickelt und auch das österreichische Volk hat Vertrauen gefaßt. Bereits konnten für den Ausbau der Elektrizitätswerke Anleihen untergebracht werden. Die Oesterreicher sparen wieder.

Auch Großbritannien handhabt den Diskontsatz im Interesse der Konjunkturpolitik. Heute steht er auf 5 Prozent, nachdem er 1954 im Jahresmittel 3,18 Prozent betragen hatte. In Großbritannien wird vor allem auch auf dem Wege über die Abzahlungsgeschäfte ein Einfluß auf die Nachfrage ausgeübt, indem höhere oder weniger hohe Anzahlungen vorgeschrieben werden. Auch die Steuerpolitik wird bis zu einem gewissen Grade konjunkturpolitisch ge-

staltet. Die Erschwerung der Abzahlungskäufe und die Kreditverknappung werden zielbewußt in den Dienst der Verbrauchsbeschränkung und Exportförderung gestellt, da die Industrie gezwungen ist, sich stärker um Verkäufe im Ausland zu bemühen, wenn im Inland weniger Nachfrage besteht. — Die Vereinigten Staaten haben den Diskontsatz ebenfalls erhöht. Vor allem aber treiben sie eine systematische Politik der Mindestreserven der Banken und des An- und Verkaufs von Wertpapieren durch die Notenbanken zur Beeinflussung des Geld- und Kreditvolumens. Der Preisauftrieb konnte in relativmäßigem Rahmen gehalten werden, obwohl die massiven Forderungen der Gewerkschaften die Stabilisierungspolitik erschweren.

Schweden hat jahrelang eine systematische Politik des billigen Geldes getrieben, mußte sich aber durch deren schädliche Folgen eines Besseren belehren lassen. Heute beträgt dort der Diskontsatz 4 Prozent, also erheblich mehr als in der Schweiz. Ein von der Regierung gefördertes Abkommen der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden zielt auf eine Mäßigung der Lohnforderungen ab, wie auch mit Bezug auf die Löhne in der Landwirtschaft die automatische Anpassung an die Kosten gelockert worden ist. Zur Zeit zielt die sozialistische Regierung Schwedens auf einen Ausbau der indirekten Steuern, auf eine höhere Verbrauchsbelastung ab. Vorerst sollen die Kraft- und Brennstoffe daran kommen, als Vorstufe einer allgemeinen Umsatzsteuer, die nicht nur dem Staat Geld einbringen, sondern auch die Kaufkraft schmälern soll, um die Importe zu reduzieren und so Devisen zu sparen. Dänemark, ebenfalls ein Land, in dem früher die Theorie des billigen Geldes hoch im Kurs stand, hat einen Diskontsatz von 5,5 Prozent und plant, mit demselben Ziel wie Schweden, eine Erhöhung von Verbrauchssteuern und eine Zwangsanleihe. Dabei soll die durch die höheren Verbrauchssteuern bewirkte Verteuerung der Lebenskosten nicht im Lebenskostenindex eingerechnet werden, um eine neue Lohnwelle zu vermeiden. Finnland steht vor einer leeren Staatskasse und mußte aus Devisenmangel seine Importe einschränken. Der Diskontsatz wurde auf 6,5 Prozent erhöht. Die Regierung bemüht sich, bisher den sehr hartnäckigen Gewerkschaften und Bauernverbänden gegenüber ohne Erfolg, zu einem Abkommen zu ge-

Modernes Familienzulagengesetz in Liechtenstein

Unter diesem Titel brachte das „Vorarlberger Volksblatt“ nachstehende Ausführungen. Wenn das neue Gesetz als modern bezeichnet wird (verschiedene schweizerische Blätter taten es ebenfalls), so stellen wir das mit Genugtuung fest, weil damit bewiesen ist, daß ein wichtiges Sozialproblem zeitgerecht gelöst wurde.

Der Liechtensteinische Landtag hat in seiner letzten Sitzung ein Gesetz über Familienzulagen angenommen, das als ein bemerkenswerter Fortschritt auf diesem Gebiete zu verzeichnen ist. Waren bisher in dem Fürstentum gemäß privatrechtlichen Vereinbarungen 1100 Kinder zulageberechtigt, so werden es nach dem neuen Gesetze 4500 sein. Die Familienzulagen werden durch Beiträge der Arbeitgeber finanziert, unabhängig von der Zahl ihrer Arbeitnehmer mit Familienlasten. Durch das Gesetz entfällt für die Unternehmer der Anreiz, ledige Mitarbeiter zu bevorzugen, andererseits wird den Familienvätern die Sorge abgenommen, in Krisenzeiten eher entlassen zu werden als Ledige. Die Vorlage achtet den Grundsatz des Leistungslohnes.

langen, nach dem eine neue Teuerung nur teilweise ausgeglichen werden soll, ebenso eine neue Kostensteigerung in der Landwirtschaft, um endlich aus der automatischen Lohn-Preis-Spirale herauszukommen. Ebenso will die Regierung die Staatsausgaben beträchtlich einschränken. Auch die Niederlande wenden das Mittel der Diskontschraube an und mühen sich um eine Verbrauchsbeschränkung.

Wie man es nicht machen soll, hat eben Frankreich gezeigt. In diesem Land hat man den Diskontsatz erst im April 1957 erhöht. Man versuchte es mit halben Mitteln. Man hat am Lebenskostenindex geflickt, indem der Staat Verbilligungssubventionen zahlte in der Meinung, damit Lohnsteigerungen vermeiden zu können. Als Gegenmittel gegen den Preisauftrieb wurden zeitweise zusätzliche Importe hereingelassen, ohne daß aber durch Kreditverknappung, Zinsverteuerung und andere Mittel der Inlandverbrauch beschränkt wurde. Später wurde die Einfuhr durch administrative Mittel ohne Erfolg zu reduzieren versucht, denn die gewaltigen staatlichen Defizite wirkten kaufkraft- und nachfragesteigernd. Der Staat pumpte weit mehr Geld in den Kreislauf, als er wieder daraus entnahm. So zog die hohe, inflatorisch aufgeblähte Kaufkraft die Waren an, und die Produzenten, die im Inland mit Leichtigkeit Käufer fanden, sorgten sich zu wenig um den Export. Heute ist die Staatskasse leer, haben die Devisenvorräte gewaltig abgenommen und sind Anleihen nur noch unterzubringen, wenn sie kaufkraftgesichert sind. Das Land hat einen grundlegenden Kurswechsel nötig. Es leidet auch unter dem Krieg in Algerien, wirtschaftlich betrachtet aber nicht viel weniger unter den zumeist schwer defizitären Staatsbetrieben.

Man stellt also, abgesehen von Frankreich, sozusagen in allen Ländern eine ähnliche Politik fest. Ueberall wird die Diskont- und Zinserhöhung als Mittel gegen die Ueberkonjunktur eingesetzt. Das geschieht durch die konservative englische so gut wie durch die sozialistische schwedische Regierung, in Deutschland mit seinem rein bürgerlichen Regiment so gut wie in Oesterreich, wo Sozialisten und Bürgerliche gemeinsam regieren. Wenn man sich so etwas in der Welt umsieht, so sollte man sich nicht allzusehr wundern, daß auch die Schweizerische Nationalbank, als die Anzeichen eines beschleunigten Preis- und Lohnauftriebes unverkennbar waren, nicht mehr untätig bleiben konnte. E.G.

Sämtliche hauptberuflichen Arbeitnehmer haben Anspruch auf Familien- bzw. Kinderzulagen, unabhängig von der Höhe ihres Lohnes. Der Begriff „hauptberuflich“ trägt den Landesverhältnissen Rechnung, weil es zahlreiche Personen gibt, die neben ihrer unselbständigen Tätigkeit z. B. als Landwirte selbständig tätig sind. Wenn z. B. aus der selbständigen Tätigkeit ein Jahreseinkommen von 3300 Franken erzielt wird und das jährliche Einkommen aus der unselbständigen Tätigkeit nur 3000 Franken beträgt, überwiegt die selbständige Tätigkeit, und je nach Kinderzahl hat der Betreffende als selbständig Erwerbender Anspruch auf die Zulage. Scheidet er infolge Ueberschreitens der Einkommensgrenze aus der Bezugsberechtigung aus, so hat er die Möglichkeit, der freiwilligen Versicherung beizutreten.

Die Bezugsberechtigung für Selbständige (das Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit wird in die Grenzen einbezogen) ergibt sich bei folgenden Einkommen: bis 5800 Fr. mit einem, bis 6600 Fr. mit zwei, bis 7400 Fr. mit drei, bis 8000 Fr. bis vier, bis 9000 Fr. mit fünf und bei 9800 Fr. mit sieben und mehr Kindern usw. Ueberschreitet ein Selb-

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Tierquälereien

Es ist manchmal schwer zu schweigen, wenn man mit ansehen muß, wie Mitmenschen, denen Tiere anvertraut sind, mit diesen Geschöpfen umgehen und sie behandeln. Wenn es meistens nur Unverstand oder Gedankenlosigkeit ist und keine böse Absicht besteht, so müssen einem Tierfreund viele Vorkommnisse weh tun. Es kommen so viele Tierquälereien vor, die man allein mit etwas gutem Willen vermeiden könnte. Gerade bei der großen Hitze, die Gott sei Dank vorüber ist, waren viele Tiere großen Qualen ausgesetzt. Es gab Hunde, die tagelang an der Kette angebunden, fast ohne Wasser blieben, es gab Pferde, die dem Ungeziefer fast schutzlos ausgesetzt waren, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir haben einen Tierschutzverein, der sich anerkanntermaßen sehr bemüht, für die Schonung der Tiere einzutreten. Andererseits wird in den Schulen auch darauf eingewirkt, daß schon beim Kind der Sinn für die Schonung der Tiere geweckt wird. Aber trotzdem kommen noch erschreckend viele Fälle vor, die nichts anderes sind als Tierquälereien im wahren Sinne des Wortes. Diese Erscheinung ist betrüblich. Wer keine Liebe und Achtung vor dem Tiergeschöpf hat, der muß und wird auch gegenüber seinem Mitmenschen verrohen. — Vermehrte Anstrengungen wären dringend notwendig, um auch hinsichtlich des Tierschutzes bessere Verhältnisse zu schaffen. Es gilt vor allem immer wieder darauf hinzuweisen, daß das Tier keine Ware ist, sondern ein Geschöpf, das Qual und Schmerz ebenso empfindet wie der Mensch. Die richtige Einstellung zum Tier gehört zur Herzensbildung und zur korrekten inneren Haltung eines Menschen. Es ist eine Charaktereigenschaft und als solche viel wichtiger, als die geistige Ausbildung, auf die heute leider viel zu großes Gewicht gelegt wird. Was ist ein Mensch mit Geist, aber ohne Herz?

Ein Tierfreund.

ständiger die Einkommensgrenze (Familie 5000 Fr., jedes Kind 800 Fr.), so kann er freiwillig der Versicherung beitreten, wobei er Beiträge von 2 Prozent seines Einkommens aus selbständigem Erwerb zu leisten hat. Der Anspruch auf die Zulage erlischt nicht bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Die Zulagen betragen 10 Fr. (60 Schilling) für das erste Kind, 12 Fr. für das zweite Kind und 15 Franken (90 S) für das dritte und jedes weitere Kind bis zum 18. Lebensjahr. Ferner wird eine Geburtszulage von 100 Franken (600 S) bei jedem Kind gewährt.

Durch einfachen Beschluß kann der Landwirt die Ansätze für die Zulagen erhöhen. Mit dem Anwachsen der Versicherungseinnahmen hofft man die Zulagen bald generell erhöhen zu können. Die Zulagen werden durch die Arbeitgeber und durch den Staat finanziert. Die Arbeitnehmerschaft hat somit keine Beiträge zu entrichten.

Fürstentum Liechtenstein

Von der Internationalen Konferenz gegen die Kinderlähmung in Genf (8.—12. Juli 1957)

(Einges.) Am Montag dieser Woche fand die feierliche Eröffnung dieser Konferenz statt, an der mehr als 30 Länder teilnahmen. Am Vormittag trugen die offiziellen Vertreter je einen Kurzbericht über Kinderlähmungsprobleme ihres Landes vor. Der Nachmittag war gekenn-